

Das digitale Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Mai 2023

**BUND-LÄNDER-VEREINBARUNGEN
FÜR GEFLÜCHTETE
WAS WURDE ENTSCHIEDEN?**

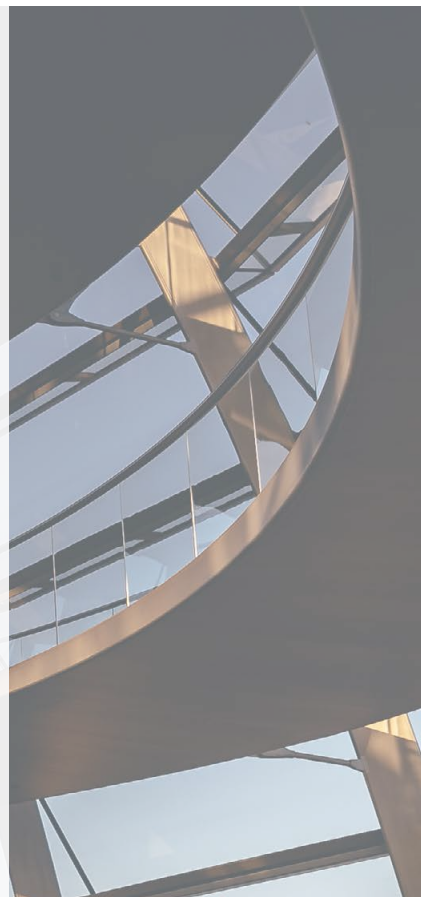
**PAULSKIRCHENJUBILÄUM
175 JAHRE NATIONALVERSAMMLUNG**

**NEUER VORSTAND, NEUES GLÜCK
PARTEITAG DER SPD IN FRANKFURT**

INHALTSVERZEICHNIS

Mai 2023

Editorial	02
Zum Gebäudeenergiegesetz Warum wir das „Heizungsgesetz“ brauchen	03
Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung Bericht aus Straßburg	04
Bund-Länder-Vereinbarungen für Geflüchtete Was wurde entschieden?	05
Das Zukunftsfinanzierungsgesetz Meine Einschätzung	06
Besuch aus dem Wahlkreis Zur BPA-Fahrt im April	07
Paulskirchenjubiläum 175. Jahre deutsche Nationalversammlung	08
Paulskirchenjubiläum in Bildern Impressionen der Feierlichkeiten	09
Neuer Vorstand, neues Glück Parteitag der SPD in Frankfurt	10



08

175 Jahre deutsche
Nationalversammlung



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Europatag am 09. Mai erinnert an die Unterzeichnung der Schumann-Erklärung im Jahr 1950 und damit an den „Startschuss“ des europäischen Einigungsprozesses. Als die Erklärung den Grundstein für die heutige Europäische Union legte, erholten sich die Staaten Europas gerade von den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den Grausamkeiten Nazi-Deutschlands. Für viele Menschen, so auch mich, ist Europa mit der Versprechung friedlicher Konfliktlösung, Rechtsstaatlichkeit und der Orientierung der Politik an Menschenrechten verbunden.

Das grenzenlose europäische Projekt mit seinem gemeinsamen Binnenmarkt, multilateralen Institutionen und den europäischen Grundfreiheiten ist der Gegenentwurf zum „my nation first“-Modell der nationalen Alleingänge. Der Europatag erinnert uns daran, wie weit wir gekommen sind - aber auch welches Potenzial wir gemeinsam haben.

Wir müssen Europa voranbringen - an Visionen und Ideen mangelt es wahrlich nicht und der Reformbedarf ist groß. Wie Bundeskanzler Scholz jüngst betont hat, dürfen die Westbalkan-Länder nicht länger hingehalten und getröstet werden, sondern brauchen eine realistische Beitrittsperspektive. Nicht nur auf dem internationalen Parkett und mit Blick auf ihre geopolitische Rolle würde der EU eine Erweiterung zugutekommen, sondern die Impulse für wirtschaftliche Entwicklung auch den Menschen vor Ort.

Europa ist schützenswert, allerdings auch noch unfertig. Wir sind daher alle aufgefordert, das gemeinsame Projekt Europa mitzugestalten.

Mit den besten Grüßen,



Armand Zorn



ZUM GEBÄUDEENERGIEGESETZ

Warum wir die Wärmewende angehen müssen und dafür das „Heizungsgesetz“ brauchen.



Das „Gebäude-Energie-Gesetz“ (GEG), auch als „Heizungsgesetz“ bekannt, ist derzeit in aller Munde und erhitzt die Gemüter. In der emotional geführten öffentlichen Debatte werden die Pläne der Bundesregierung scharf angegriffen.

Zugleich erfahre ich auch in den vielen Gesprächen, die ich tagtäglich mit Bürger*innen führe und in den Zuschriften, die mich erreichen, von den berechtigten Sorgen vor unbezahlbaren finanziellen Zumutungen. Mir ist die Brisanz des Themas klar bewusst: Der Bereich Wohnen ist ganz besonders intim. Jede Maßnahme, die hier ansetzt, muss entsprechend gut begründet und nachvollziehbar sein, denn wir wollen alle mitnehmen.

Mit dem nationalen Klimaschutzgesetz haben wir uns zudem verpflichtet, als Land im Jahr 2045 klimaneutral zu sein. Dies ist in gerade einmal 22 Jahren. Eine klimaneutrale Zukunft, zu der wir gesetzlich verpflichtet sind, kann nur in Verbindung mit der Wärmewende gelingen und Eile ist durchaus geboten. Der Gebäudesektor ist bei der Einsparung von Treibhausgasen zentral, denn laut Umweltbundesamt verursacht der Betrieb von Gebäuden in Deutschland etwa 35 Prozent des Energieverbrauchs und 30 Prozent der CO₂-Emissionen. Heizungen werden

bisher fast ausschließlich fossil und damit klimaschädlich betrieben.

Eine Abkehr von fossilen Brennstoffen, wie es sie in anderen Ländern im Falle von klimaschädlichen Öl- und Gasheizungen schon gibt, trägt außerdem dazu bei, dass Deutschland unabhängiger von Energieimporten wird und wir unsere Wärmeversorgung langfristig sichern. Fossile Energieträger werden wegen des geplanten Emissionshandels absehbar teurer, sodass der Abschied von Öl- und Gasheizungen langfristig rentabel für Verbraucher*innen sein wird.

Um die Treibhausgasemissionen des Gebäudesektors zu senken und die Unabhängigkeit von fossilen Energien voranzutreiben, hat das Bundeskabinett der Ampel gemeinsam eine Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes entschieden. Das parlamentarische Verfahren steht noch aus – auf Druck der FDP wurde der Gesetzentwurf noch nicht wie vorgesehen im Bundestag beraten.

Ab 2045 soll nur noch klimaneutral geheizt werden. Dabei ist das Herzstück des vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurfs das Vorhaben, dass jede ab 2024 neu eingebaute Heizung auf Basis von 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Dafür kommen insbesondere Wärmepumpen in Betracht, aber auch andere (Kombi-)Modelle

sind möglich. Wichtig ist, dass funktionierende Gas- oder Ölheizungen weitergenutzt werden können, diese sollen erst ab 2045 nicht mehr erlaubt sein. Kaputte Heizungen dürfen repariert werden. Betroffen ist also, wer neu baut, wessen Heizung irreparabel ist („Heizungshaverie“) oder wer seine Heizung freiwillig tauscht. Eine allgemeine Austauschpflicht soll es hingegen nicht geben.

Für uns steht fest, dass wir diese Ambition nur realisieren, wenn wir den sozialen Ausgleich in den Mittelpunkt stellen und die Umstellung auf das klimaneutrale Heizen so nicht die gesellschaftliche Akzeptanz für den Klimaschutz gefährdet. Das geht nur mit einem adäquaten Förderkonzept für den Umstieg. Wir wollen daher eine soziale Staffelung der staatlichen Förderung für den Heizungstausch erreichen – geringere und mittlere Einkommen sollen deutlich mehr Unterstützung bekommen.

Mittels pragmatischen Übergangspflichten und Ausnahmen soll es zu keiner Überforderung kommen, außerdem brauchen wir Regelungen zum Mieterschutz. Diese Positionen werden wir entschieden bei den Beratungen im Bundestag im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens einbringen. Über Ihre Rückmeldungen hierzu freue ich mich.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG BERICHT AUS STRASSBURG



Am 22. Mai fand die neunte Sitzung der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung (DFPV) in Straßburg statt. Sie wurde im März 2019 eingerichtet und besteht aus 100 Mitgliedern, davon 50 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und 50 Abgeordnete der Assemblée Nationale, die sich mindestens zweimal jährlich abwechselnd in Deutschland und Frankreich treffen.

Trotz der punktuellen Spannungen zwischen den Regierungen in Berlin und Paris, legen die Parlamen-

tarier beider Länder großen Wert darauf, ihre Beziehungen zu stärken und Kompromisse zu finden. Ich bin davon überzeugt, dass umfassende Lösungen für die aktuellen Probleme nur gefunden werden können, wenn wir mit unseren Nachbarn sprechen und Seite an Seite voranschreiten.

Am Nachmittag fanden die Anhörung von Bruno Le Maire, französischer Minister für Wirtschaft, Finanzen sowie industrielle und digitale Souveränität und Robert Habeck, Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz statt. Anschließend war die Diskussion über die Situation des

Westbalkans und dessen Bewerbung um einen EU-Beitritt. Es scheint mir notwendig, dass sich Frankreich und Deutschland auf eine gemeinsame Position einigen, um die Verhandlungen voranzutreiben und den Kandidatenländern einen konkreten Zeitplan vorzugeben.

Die Hauptbeschlüsse der Versammlung waren zuerst die Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der DFPV und eine gemeinsame Resolution für ein lebendiges und effektives Erlernen der Partnersprache in beiden Ländern.

BUND-LÄNDER-VEREINBARUNGEN FÜR GEFLÜCHTETE

Als Sozialdemokrat ist es mir wichtig, in einem Land zu leben, welches das Recht auf Asyl garantiert und Geflüchtete aufnimmt, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Diese Menschen haben alles hinter sich verlassen, um nach einem besseren Leben hier zu streben. Deutschland erkennt es als eine völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtung, sie menschenwürdig aufzunehmen.

Am 10. Mai trafen sich Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Länder und Kommunen im Kanzleramt. Ziel war es, eine Vereinbarung für die Geflüchtete zu finden, um die Ströme von Menschen, die in Deutschland Sicherheit suchen, besser zu steuern. Bei den Gesprächen im Kanzleramt sicherte der Bund zu, im Jahr 2023 die Länder und Kommunen zusätzlich mit einer weiteren Milliarde Euro finanziell unterstützen. Weiterhin wurde sich auf folgende Punkte geeinigt:

- 1.** Gewährleistung einer angemessenen Unterbringung, Betreuung und Integration der Geflüchteten.
- 2.** Abschluss von Migrationspartnerschaften.
- 3.** Beschleunigung von Asylverfahren.
- 4.** Digitalisierung der Ausländerbehörden.
- 5.** Schutz der EU-Außengrenzen weiter voranzubringen.

DAS ZUKUNFTSFINANZIERUNGSGESETZ

Deutschland steht vor einer Riesenherausforderung: Wir müssen unsere Wirtschaft dekarbonisieren. Gleichzeitig wollen wir Bedingungen für Wohlstand in der gesamten Gesellschaft sichern und die Digitalisierung voranbringen. Damit dies gelingt, sind umfassende Investitionen in Infrastruktur, Technologien, Forschung und Entwicklung, den Umbau der Wirtschaft, die Umschulung von Arbeitskräften und vieles mehr entscheidend.

Die KfW berechnet, dass das Erreichen der Klimaziele bis zum Jahr 2045 zusätzliche Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden im Umfang von 500 Mrd. Euro bzw. von jährliche 20 Milliarden erfordert. Es ist jedoch klar, dass öffentliches Kapital allein nicht ausreichen wird, um die Transformation zu bewältigen. Private Investitionen sind dabei mindestens ebenso entscheidend wie notwendig. Obwohl die genauen Summen nicht bekannt sind, ist es offensichtlich, dass eine umfassende ökologische und digita-

le Transformation große Mengen an Kapital benötigen wird.

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz soll daher Deutschland als Standort für Investitionen gestärkt werden. Das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesjustizministerium haben gemeinsam einen Entwurf erarbeitet, der viele richtige Impulse für die Vitalisierung und Modernisierung des Deutschen Kapitalmarkts setzt. Insbesondere Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen einen besseren Zugang zu Finanzierung - sei es in Form von Eigenkapital oder am Kapitalmarkt - erhalten.

Die Maßnahmen im Referentenentwurf des Zukunftsfinanzierungsgesetzes sind weitreichend. Hier möchte ich nur einige davon nennen. Der Katalog an Instrumenten fängt mit der Ermöglichung neuer Wege des Börsengangs über sogenannte SPACS an. Das komplexe Verfahren eines Börsengangs wird dabei an eine extra dafür geschaffe-

ne Börsenmantelaktiengesellschaft „quasi“ vorverlagert, welche später zum Beispiel ein Start-Up aufkauft und dieses damit an die Börse bringt.

Eine weitere Maßnahme ist die Einführung von Mehrstimmrechtsaktien. Diese sollen für Gründer*innen einen Börsengang zudem attraktiv machen, dadurch dass sie nach Börsengang in der Aktiengesellschaft über ihren Kapitalansatz hinaus Mitspracherechte behalten. Hinausstellen möchte ich außerdem die Digitalisierung von Aktien. Das reicht von der Emission von digitalen Aktien bis zu einem rechtlichen Rahmen für die Übertragung von ausgewählten Kryptowerten.

Eine runde Sache wird aus dem Gesetz, indem wir zusätzlich analoge sowie sprachliche Hürden in der Finanzmarktaufsicht abbauen. Ich freue mich darauf, wenn das Gesetz bald durch das Kabinett beschlossen wird und auch bei uns in den Bundestag eingebracht wird.



BESUCH AUS DEM WAHLKREIS



Ende April war es wieder so weit, im Rahmen einer viertägigen BPA-Fahrt hat mich eine Besucher*innengruppe aus meinem Frankfurter Wahlkreis in Berlin besucht!

Die sogenannten BPA-Fahrten sind Informationsfahrten zur politischen Bildung und werden vom Bundespresseamt der Regierung (BPA) organisiert und finanziert. In der Regel sind Besichtigungen von politischen Institutionen sowie eine Diskussion mit der oder dem Abgeordneten des Wahlkreises vorgesehen.

Auf dem Programm der April-Fahrt standen neben einer an politischen Gesichtspunkten orientierten Stadtrundfahrt durch Berlin ein Besuch im Bundesministerium für Digitales und Verkehr und sogar eine Füh-

rung durch das Bundeskanzleramt. Außerdem konnte die Gruppe live eine Plenarsitzung des Parlaments mitverfolgen. Anhand der Feedbacks meiner Reisegruppe im Nachgang war natürlich besonders das Bundeskanzleramt ein Highlight und viele waren beeindruckt, einmal eine Sitzung des Deutschen Bundestags miterleben zu können.

Das Gespräch mit der Gruppe im Anschluss war auch für mich sehr spannend, es ging vorwiegend um aktuelle große politische Themen wie Energie und Inflation, aber auch um Themen mit Frankfurt-Bezug wie urbane Mobilität. Ich freue mich immer sehr über Besuch aus der Heimat und bin interessiert zu hören, was die Menschen in meinem Wahlkreis aktuell bewegt.

Zweimal im Kalenderjahr können Mitglieder des Deutschen Bundestags bis zu 50 Bürger*innen aus ihrem Wahlkreis nach Berlin einladen, um über ihre politische Arbeit zu informieren. In diesem Jahr findet eine weitere Fahrt vom 03. bis zum 06. Juli 2023 statt, für die noch Plätze frei sind.

Habe ich Ihr Interesse geweckt? Dann wenden Sie sich gerne an mein Frankfurter Wahlkreisbüro unter armand.zorn.wk@bundestag.de. Leider müssen wir eine Auswahl vornehmen, da in der Regel die Zahl der Interessent*innen die der möglichen Plätze übersteigt, wir führen aber eine Warteliste für Interessierte.



PAULSKIRCHENJUBILÄUM

Am 18. Mai 1848 trat die deutsche Nationalversammlung das erste Mal zusammen. Den 175. Jahrestag dieses historischen Ereignisses hat die Stadt Frankfurt mit einer Festveranstaltung begleitet.

Die Nationalversammlung war die erste gesamtdeutsche Volksvertretung. Dieses Datum markiert damit einen wichtigen Tag in der deutschen Demokratiegeschichte und ist ein guter Zeitpunkt, um sich nochmals das Privileg einer Demokratie

ins Gedächtnis zu rufen.

Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Wir müssen uns immer wieder für sie einsetzen und ihren Feinden Paroli bieten. Eine Demokratie lebt von Demokrat:innen, die diese mit Leben füllen. Nur so können wir langfristig unsere Freiheiten und Grundrechte sichern.

In bewegten Zeiten, wie diese, sind wir deswegen angehalten, diese Botschaft auch weiterhin in die breite Gesellschaft zu tragen. Deswegen

hat mir besonders gut, dass Paulskirchenfest gefallen, welches nach der Festveranstaltung eröffnet wurde. Das Fest fand vier Tage lang auf der Zeil, Römer und Mainkai mit Bühnen und Essenständen statt. Mit diesem Charakter eines Volksfests wurde ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen, um in den Austausch über Demokratie und Beteiligung zu kommen.

Vielen Dank an die Stadt Frankfurt und alle Beteiligten für dieses schöne Fest.



PAULSKIRCHENJUBILÄUM IN BILDERN





NEUER VORSTAND, NEUES GLÜCK PARTEITAG DER SPD FRANKFURT



Auf dem Parteitag in Sossenheim hat die Frankfurter SPD einen neuen Vorstand gewählt. Mit den neuen Vorsitzenden Ina Hartwig und Kolja Müller haben die Delegierten eine sehr gute Wahl

getroffen. Gemeinsam werden wir die Sozialdemokratie in Frankfurt stärken.

Ich habe mich persönlich sehr darüber gefreut, mit 90 Prozent Zustimmung zum stellvertretenden Partei-

vorsitzenden gewählt zu werden. Vor uns liegen wichtige Wahlen und herausfordernde Zeiten. Gemeinsam werden wir das meistern. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Vorstand und den Ortsvereinen. Glück auf!



“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!

IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 75492

Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>
Bildnachweise: falls nicht extra
erwähnt: privat, unsplash, Pexels,
Moritz Erdt, David Lewis

Erscheinungsjahr: 2023

Armand Zorn im Web

